

Hitzige Diskussion um Diskriminierung

Migrationsausschuss befasst sich mit dem Bericht des Roma-Büros / Sitzung „erwartbar eskaliert“

Von Manuel Fritsch

FREIBURG. Hoch her ging es in der letzten Sitzung des Migrationsausschusses, als der „Diskriminierungsbericht“ des Roma-Büros diskutiert werden sollte. Das Büro veröffentlicht seit drei Jahren einen Bericht, in dem Roma und Sinti aus der Region von Vorfällen berichten, in denen sie Diskriminierung erfahren haben. Bereits im Vorfeld hatte die Stadtverwaltung einige Fälle, die sie betreffen, als unzureichend bezeichnet. Der Leiter des Roma-Büros, Tomas Wald, hatte erzählt, dass die Verwaltung ihre Kritik in einem Gespräch zurückgezogen habe – aufklären ließ sich das auch in der Sitzung nicht.

Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Roma-Büro war also schon vor Beginn der Sitzung gespannt. Dass die Verwaltung für einen „neutralen Einstieg“ den emeritierten Volkskundler Max Matter eingeladen hatte, sorgte nicht gerade für Beruhigung. Noch dazu, da dieser den Ansatz des Diskriminierungsbericht, die Opferperspektive ungeprüft zu übernehmen, kritisierte. „Die Opferwahrnehmung ist wichtig, jedoch nicht immer im rechtlichen oder sozialwissenschaftlichen Sinn Diskriminierung“, so Matter. Zwar verfolge der Bericht den richtigen Zweck, Menschen, die Diskriminierung erfahren haben aber kaum wahrgenommen werden, ein Forum zu bieten, jedoch sei ihm der Bericht zu einseitig und methodisch fragwürdig: „Es ist weniger ein Diskriminierungsbericht, sondern eine Anklageschrift.“ Matter plädierte dafür, statt des Berichtes eine Antidiskriminierungsstelle einzurichten.

Tomas Wald, der schon während des Berichts von Matter laut-

stark seinen Unmut geäußert hatte, sollte im Anschluss einige Minuten auf den unter seiner Regie verfassten Bericht eingehen, was er schon allein wegen der unterschiedlichen Zeitbemessung anmaßend fand. „40 Minuten versuchen Sie, mit jemandem, der gar nicht in Freiburg wohnt, unseren Bericht zu delegitimieren“, klagte er, „und ich bekomme nur fünf Minuten.“ Dann erklärte er aber doch, was der Zweck des Berichtes sei: „Wir wollen einzelnen Individuen die Möglichkeit geben, zu artikulieren, wo sie selbst Diskriminierung empfinden.“ Nach Jahrhunderten der Diskriminierung bis hin zur systematischen Ermordung gebe es nun die ersten Generationen Roma und Sinti, die frei aufwachsen, der Bericht sei in erster Linie für diese gedacht „und nicht für wissenschaftliche Erwägungen.“ Wald verwies auf Fortschritte, die etwa in der Zusammenarbeit mit der Polizei erwirkt worden seien. So komme nun eine normale Streife und nicht länger die Bereitschaftspolizei, wenn es Streitigkeiten in der Roma-Siedlung gebe. Das etwa habe in der Community für Entspannung gesorgt. Die Stadtverwaltung kritisierte

er dagegen, da es mit dieser kaum schriftliche Abmachungen gebe. Auch den Zustand der Häuser der Sinti-Siedlung und des „Hauses Weingarten“ kritisierte er. Wald teilte immer wieder gegen die Stadtverwaltung aus, der Erste Bürgermeister Ulrich von Kirchbach stellte sich vor seine Mitarbeitenden.

Die anschließende Diskussion verlief dann etwas ruhiger, wobei die „Choreografie“ der Sitzung von Grünen, „Eine Stadt für alle“ und der Fraktion Jupi kritisiert wurden. „Es geht nicht, dass ein Vertreter der Mehrheitsgesellschaft den Leuten erklärt, was sie als Diskriminierung empfinden dürfen“, sagte etwa Jan Otto (Grüne), Felix Beuter (Esfa) meinte, die Sitzung sei „erwartbar eskaliert“ worden. Der Soziologie-Professor Alber Scherr meinte, er habe selten eine so unproduktive Sitzung wie diese erlebt. Er verteidigte jedoch die Trennung von subjektivem Erleben und objektiv feststellbarer Diskriminierung. Zwar würde erstere die Betroffenen real beschädigen, doch brauche etwa der Gemeinderat zum Entscheiden und handeln eine objektive Faktenbasis, nicht nur subjektive Erlebnisse.

Die Leiterin des Amtes für Migration und Integration (AMI), Katja Niethammer, verteidigte die Entscheidung, einen Externen zur Einführung ins Thema heranzuziehen. „Ich bin in der Anklagesituation, daher wollte ich den Bericht nicht vorstellen“, sagte sie. Sie berichtete, dass das AMI viel tue, um Mitarbeitende für Diskriminierung zu sensibilisieren. Oftmals laste man ihnen jedoch Vorgaben an, auf die sie keinen Einfluss hätten. „Die Vorgaben können diskriminierend sein“, sagte Niethammer. Da liege es aber bei Land oder Bund, das zu ändern, nicht bei ihren Mitarbeitern.



Das marode Haus Weingarten

FOTO: I. SCHNEIDER